

Tages Anzeiger, 7. Januar 2006

## «Wir bauen einen Bremshebel ein»

Mit Rita Fuhrer sprach Erwin Haas

Wie lässt sich ein Richtwert für die Belastung von starkgestörten Personen ermitteln, damit die Bevölkerung bis in den Hinterthurgau besänftigt werden kann?

Wir können nicht alle Belästigten besänftigen. Aber wir können der Bevölkerung mit dem Gegenvorschlag zeigen, dass wir ihre Anliegen anerkennen und kontrollieren, dass die Belastung durch den Flughafen nicht ins Unermessliche steigt. Wir bauen einen Bremshebel ein, an dem wir ziehen können, wenn es zu viel wird.

Und wie funktioniert dieser Hebel?

Wir zählen die Menschen, die belastet sind. Aber wir rechnen nicht in abstrakten Immissionsgrenzwerten, sondern so, wie die Bevölkerung empfindet. Wenn die Grenze überschritten wird, treffen wir Massnahmen, die in der Kompetenz des Kantons liegen. Zum Beispiel können wir auf die Flughafenbetreiberin einwirken.

Und wenn das nicht reicht?

Das Ziel ist, den Richtwert gar nicht zu erreichen. Dazu haben wir eine ganze Palette von Massnahmen aus dem Bau-, dem Raumplanungs- und Umweltschutzrecht sowie aus dem Flughafengesetz.

Wenn diese Massnahmen vom Bund nicht akzeptiert werden, sind Sie machtlos.

Nein. Wir können viele Massnahmen unabhängig vom Bund ergreifen. Zum Beispiel über die Siedlungspolitik. Ebenfalls im Umweltbereich haben wir viele Möglichkeiten, die dem Bundesrecht nicht widersprechen. Auch mit der Gebührengestaltung beim Flughafen können wir bis an gewisse Grenzen gehen. Zahlreiche europäische Flughäfen nützen dieses Mittel nicht, da sind wir wegweisend.

In der Richtwertberechnung sind die Zehntausenden von neu Belästigten im Süden enthalten. Droht dem Norden, Osten und Westen eine massive Erhöhung der Flugbewegungen, wenn dereinst die Südanflüge entfallen sollten?

Diese Angst hat die Bevölkerung tatsächlich, und die Kritiker werden bestimmt in diese Kerbe hauen. Dann nehme aber ich umgekehrt auch den Kantonsrat in die Pflicht. Der Kantonsrat kann jederzeit ein geändertes Betriebsmodell neu berechnen lassen. Der Kantonsrat wird bestimmt im neuen Gesetz eine genehmigungspflichtige Verordnung einfügen. Damit geben wir dem Kantonsrat eine grosse Macht in die Hand. Und der Kantonsrat spiegelt schliesslich die Bevölkerung.